

7. Vollständige Umsetzung einer Strategie für die Energiewende

Die EU muss eine Strategie für die **Energiewende hin zu 100 Prozent** erneuerbaren Energien bis spätestens 2050 vorlegen und sich dazu verpflichten, mehr Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energie in der EU zu schaffen, sowie die kohlebasierte Stromerzeugung rasch einstellen. Die Energieerzeugung durch Wasserkraft, insbesondere Dämme, sollte in öffentliches Eigentum übergehen.

8. Eine Alternative zum europäischen Emissionshandel

Es ist nicht gelungen, die Emissionen durch marktbasierende Lösungen, wie den europäischen Emissionshandel, einzudämmen. Die EU muss **verbindliche jährliche Emissionsreduktionsziele** für die Bereiche Industrie, Verkehr und Landwirtschaft vorlegen. Die EU muss die Steuerbefreiung für Flugtreibstoff abschaffen und verbindliche Emissionsreduktionen für die Luftfahrtbranche voranbringen, unter anderem, indem sie für ein Verbot von Privatjets und anderen grob umweltschädlichen Verkehrsträgern eintritt.

9. Umgestaltung der Landwirtschaft

Die EU muss damit aufhören, die schädliche industrielle Landwirtschaft weiterhin zu fördern und zu subventionieren. Die Strategie »Vom Hof auf den Tisch« für die Ernährungssicherheit, die **Lebensmittelqualität und die Lebensmittelsicherheit** für die Unionsbürger müssen zur ökologischen Wende beitragen. Die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss landwirtschaftliche Familienbetriebe fördern und die Entwicklung sicherer alternativer Pflanzenschutzmethoden und der organischen Landwirtschaft unterstützen. Der Tierschutz muss in sämtlichen Richtlinien und Verordnungen überarbeitet und ausgeweitet werden, um das Leiden und die Ausbeutung von Tieren zu stoppen, die lokale Produktion und den Verbrauch lokaler landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu sichern und kurze Vertriebsketten zu schaffen. Nationale Erzeugnisse sollen gegenüber Einfuhren aus EU-Ländern und anderen Drittländern bevorzugt werden.

10. Fairer und gerechter internationaler Handel

Internationale Wirtschaftsbeziehungen müssen für beide Seiten vorteilhaft sein, jegliche Form des Neokolonialismus ausschließen und das Recht auf Nahrung, Wasser, Gesundheit, Wohnraum, Energie, Bewirtschaftung und Erhaltung der Ressourcen sowie souveräne Entwicklung gewährleisten. Hunger, Krankheit und Armut müssen bekämpft werden. Der »Grüne Deal« ist eine **Chance auf fairen und gerechten internationalen Handel** (im Gegensatz zu Freihandel), der für die Menschen auf beiden Seiten vorteilhaft ist, auf Solidarität beruht und in voller Übereinstimmung mit unseren klima- und sozialpolitischen Zielen steht. Die EU muss den Entwicklungsländern die Schulden erlassen und sich dazu verpflichten, die globalen Klimaschutzfonds wieder aufzufüllen. Ein neues Grenzausgleichssystem (CO2-

Grenzsteuer) muss Klima-, Umwelt- und Tierschutzkriterien sowie die von der ILO (International Labour Organisation) geforderten Arbeitsbedingungen berücksichtigen, damit **lokale Erzeugnisse** bevorzugt und der Konsum von Produkten, die weite Strecken zurückgelegt haben, verhindert wird. Es bedarf einer Sorgfaltspflicht von Unternehmen und verbindlicher umwelt-, arbeits- und sozialrechtlicher Normen in der gesamten Wertschöpfungskette. Die EU muss endlich den Status der »Klimaflüchtlinge« und den völkerrechtlich zu ahndenden Straftatbestand des Ökozids anerkennen, und den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen unterstützen.

VORRANG FÜR DIE MENSCHEN UND DEN PLANETEN VOR PROFITEN

WIR FORDERN, DASS DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION UNSERE FORDERUNGEN UMSETZT. DIE LINKE FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT (GUE/NGL) WIRD SICH KONSTRUKTIV UND KRITISCH DAFÜR EINSETZEN, DASS WIR MIT DEM EUROPÄISCHEN GRÜNEN DEAL EINE RASCHE WENDE VOLLZIEHEN.

MIT BLICK AUF ALLE KÜNFTIGEN ASPEKTE WIE DIE BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE FÜR 2030, DIE STRATEGIE »VOM HOF AUF DEN TISCH«, DAS NULL-SCHADSTOFF-ZIEL, DEN NEUEN AKTIONSPLAN FÜR DIE KREISLAUFWIRTSCHAFT UND DAS ACHE UMWELTAKTIONSPROGRAMM KANN DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION MIT EHRGEIZIGEN UND REALISTISCHEN VORSCHLÄGEN UNSERERSEITS RECHNEN.

**Die EU hat nur diese eine Chance,
lasst uns das Richtige tun!**

Impressum

Fraktion im Europaparlament
Vereinte Europäische Linke /
Nordisch Grüne Linke
B-1047 Brüssel, Belgien
+32 (0) 2 283 23 01
guengl-communications@
europarl.europa.eu

cornelia.ernst@ep.europa.eu
Übersetzung: Europaparlament
und Manuela Kropp
Redaktion: Anja Eichhorn
Titelfoto: Francisco Colín Varela
(CC BY 2.0)

European United Left • Nordic Green Left
EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP
GUE/NGL
www.guengl.eu

November 2019



**Für einen europäischen
Green New Deal**

European United Left • Nordic Green Left
EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP
GUE/NGL
www.guengl.eu

Für einen europäischen Green New Deal

Der Kampf um die Zukunft unseres Planeten ist in vollem Gange. Der europäische »Grüne Deal« der europäischen Kommission muss der Anfang vom Ende der derzeitigen destruktiven Politik sein. Wir müssen zusammenarbeiten – für ein anderes Europa – ein Europa, das den Planeten und die Menschen über die Profite stellt.

Die politische Bilanz der EU zeigt, wie leicht sie sich den Unternehmensinteressen zulasten der Interessen der Menschen beugt.

In diesem Positionspapier werden die zentralen Forderungen der linken Fraktion im Europaparlament (GUE/NGL) für den »Grünen Deal« formuliert, mit dem im Dienste der Menschen gehandelt und dem Klimanotstand begegnet werden muss.

Ein radikaler Vorschlag für eine letzte Chance

- *Der »Grüne Deal« muss eine Reihe politischer Maßnahmen und Finanzmittel umfassen, um zugleich soziale Ungleichheit und die Erderwärmung zu bekämpfen. Er muss einen sozial-ökologischen Wandel bewirken. Er muss in den Grundsätzen der Klimagerechtigkeit verankert sein und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen sowie mit diesen vollständig im Einklang stehen. Er muss konkrete Maßnahmen anstoßen und darf weder auf Schlagworten noch Phrasen beruhen.*
- *Der »Grüne Deal« muss eine radikale, systematische und globale Revolution unserer Produktionsmethoden, unseres Konsumverhaltens und unserer Vertriebswege bewirken, wodurch das Leben verbessert wird und gleichzeitig die Dekarbonisierung der Gesellschaft erfolgt. Er muss gerecht sein und alle begünstigen.*
- *Die EU muss sich von der neoliberalen Politik verabschieden, ihre Verantwortung für den Klimawandel eingestehen und endlich mehr tun. Wir können uns in Krisenzeiten kein zögerliches Handeln leisten.*

Dies ist die letzte Chance für Europa, richtig zu handeln.

Unsere Forderungen

1. Vereinbarkeit der Klima- und Energieziele mit dem 1,5-Grad-Ziel des Klimaabkommens von Paris

Die EU muss in den »Grünen Deal« eine Überarbeitung sämtlicher Energie- und Klimaziele aufnehmen, die im Einklang mit ihren Verpflichtungen zur Dekarbonisierung gemäß dem Pariser Klimaabkommen unter Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels stehen. Die EU muss ihre historische Verantwortung und Klimaschuld anerkennen und mindestens **70 % Emissionsminderungen** für die national festgelegten Beiträge vorlegen. Wir brauchen dringend ein Klimagesetz mit dem rechtsverbindlichen Ziel der CO2-Neutralität einschließlich negativer CO2-Emissionen bis 2050. Fracking muss in allen EU-Mitgliedstaaten verboten werden, und eine Änderung der Politik im Bereich Erdgas ist erforderlich, wobei besonders umweltschädliche Methanemissionen direkt angegangen werden müssen.

2. Gewährleistung der Menschenrechte

Der »Grüne Deal« muss die Menschenrechte achten und zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die EU muss der Armutsbekämpfung und der sozialen Gerechtigkeit Vorrang einräumen, erschwingliche und staatlich regulierte Energiepreise für die Haushalte sichern, die Energiearmut bekämpfen, **Strom- und Gasabschaltungen verbieten** (sollten Menschen einmal mit ihrer Energierechnung im Rückstand sein) und erschwingliche und zugängliche erneuerbare Energien für alle sicherstellen. Die EU muss außerdem für die Wahrung des Rechts auf Entwicklung, **des Rechts auf Wasser, des Rechts auf saubere Luft und eine saubere Umwelt** sorgen und sicherstellen, dass sich die Energieerzeugung in öffentlichem Eigentum befindet. Mit dem »Grünen Deal« muss der kostenfreie öffentliche Verkehr angestrebt und die Zugänglichkeit für alle sichergestellt werden. Bei allen Entscheidungen zum Klimaschutz ist die uneingeschränkte Beteiligung der Bürger von entscheidender Bedeutung.

3. Gerechten Übergang (just transition) für Strukturwandel-Regionen sicherstellen

Die EU muss den gerechten Übergang zu einer politischen Strategie machen und darf ihn nicht nur auf einen Fonds (just transition fund) reduzieren. Konkret bedeutet dies, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen zu verbessern, die lokale Produktion zu fördern, die fachliche Umschulung von Arbeitnehmern zu unterstützen, die Arbeitslosigkeit mittels allgemeiner und beruflicher Bildung zu bekämpfen und Programme einzurichten, deren Schwerpunkt auf **dauerhaften, zukunftsfähigen Arbeitsplätzen** liegt. Die EU muss die bestehenden Sozialfonds stärken, anstatt sie mit immer weniger Mitteln auszustatten, wie dies derzeit geschieht, und sicherstellen, dass der Fonds für einen gerechten Übergang (just transition fund) betroffenen Strukturwandel-Regionen, Gemeinschaften und Beschäftigten hilft und die Menschen nicht im Regen stehen lässt.

4. Vorrang für die Natur

Wir fordern, dass die EU natur-basierte Lösungen für den Klimaschutz in den Vordergrund ihrer Klimapolitik stellt. Die Finanzmittel für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen des LIFE-Programms sollten mindestens 1 % des gesamten EU-Haushalts ausmachen. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sollte landwirtschaftliche Betriebe für die Kohlenstoffbindung und **Ökosystemleistungen entlohnen**, wobei heimische Arten und Ökosysteme zu achten sind. Natura-2000-Gebiete sollten mindestens 30 % der Land- und Süßwasserflächen und der Meeresgebiete der EU umfassen. Die EU muss eine neue Bodenrahmenrichtlinie vorschlagen, um den Boden angemessen zu schützen. Sie sollte gefährliche Stoffe verbieten, eine **Strategie für die Wiederaufforstung** einführen, eine Initiative für die Ökologisierung der Städte einleiten und eine Strategie zum Schutz unserer Ozeane, Meere, marinen Tier- und Pflanzenwelt, Küstengemeinschaften und Überseegebieten vorlegen, und dabei das Potenzial der Ozeane für die Dekarbonisierung bestmöglich nutzen.

5. Start einer massiven öffentlichen Investitionsoffensive

Die Obergrenze der EU für die nationale Kreditaufnahme von 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steht der Finanzierung des Übergangs zu einer CO2-freien Wirtschaft im Weg – sie ist eine Art »europäischer Schuldenbremse«. Wir fordern, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner heutigen Form durch einen Beschäftigungs- und Nachhaltigkeitspakt ersetzt wird oder zumindest **ökologische und soziale öffentliche Investitionen** von dieser 3 %-Regel auszuschließen. Wir fordern eine Reform der europäischen Vorschriften für staatliche Beihilfen, um öffentliche Investitionen in den grünen Wandel, die öffentlichen Dienstleistungen und die sozialen Sicherungssysteme zu ermöglichen. Der »Grüne Deal« muss Investitionen in Technologien für erneuerbare Energien beschleunigen. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Zentralbank (EZB) müssen vollständig auf fossile Brennstoffe verzichten und **in grüne Vermögenswerte** investieren. Die neue Klimabank der EU muss die ökologische Wende mit zinslosen Darlehen unterstützen, und die EU muss Vorschriften erlassen, um Investitionen in umweltschädliche Sektoren zu verbieten. In diesem Sinne ist der Vertrag über die Energiecharta längst überholt, und die EU muss sich endlich aus diesem Vertrag zurückziehen.

6. Steuergerechtigkeit für den ökologischen Wandel

Durch Steuervermeidung bzw. Steuerhinterziehung entgehen den Mitgliedstaaten die notwendigen Mittel, die für die Finanzierung des ökologischen Wandels und öffentlicher Dienstleistungen von wesentlicher Bedeutung sind. Jährlich gehen Milliarden von Euro aufgrund von Steuervermeidung verloren. Wir brauchen eine **glaubwürdige schwarze Liste** aller Steuerparadiese, um sicherzustellen, dass Großunternehmen dort besteuert werden, wo sie ihre Erträge erzielen, und eine effektive Körperschaftssteuer, um dem Steuerwettlauf nach unten Einhalt zu gebieten. Die EU muss für Steuertransparenz und eine öffentliche länderspezifische Berichterstattung der Unternehmen sorgen. Die Energiesteuern müssen mit unseren Klimazielen in Einklang gebracht und steuerliche Anreize zur Verhinderung umweltschädlicher Aktivitäten eingeführt werden.